

Rede für Andreas Buro

Roland Roth (*)

Hundstadt, 30.01.2016

Liebe Familie, liebe Ursula, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

wir trauern heute gemeinsam um den Verlust eines ungewöhnlichen und großartigen Menschen. Andreas Buro war dies nicht nur für seine Nächsten und Freunde, sondern er hat – wie kaum ein anderer - über fast 60 Jahre hinweg außerparlamentarische Politik in der Bundesrepublik mitgeprägt. Dies gilt zu allererst für die diversen Friedensbewegungen und – initiativen, angefangen mit der Sag-Nein!-Bewegung gegen die Wiederaufrüstung und der Internationale der Kriegsdienstgegner in den 1950er Jahren über die Ostermärsche der 1960er und die sie tragende Kampagne für Demokratie und Abrüstung bis zur neuen Friedensbewegung, die sich an der Neutronenbombe und dem Nato-Nachrüstungsbeschluss entzündete, und all die Initiativen, die bis heute versuchen, diese Impulse zu verstärken. Die Zahl der Netzwerke und Zusammenschlüsse, in denen Andreas über die Jahre seine Themen, sein Engagement und seine politische Urteilskraft eingebracht hat, ist kaum zu überschauen – ich erinnere nur an das Netzwerk Friedenskooperative, den Dialogkreis Türkei-Kurdistan, das Forum Zivile Konfliktbearbeitung, die Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), die Helsinki Citizens's Assembly (HCA) oder das regionale Friedensnetz Usinger Land. Für diese enorme politische Lebensleistung wurde er u.a. mit dem Aachener und dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet – er verdient unseren Respekt und unsere Hochachtung.

Niemand könnte selbst in einer sehr langen Rede diesem vielfältigen Engagement, den damit verbundenen Freundschaften und den politischen Erfahrungen gerecht werden. Zum Glück hat Andreas in zahlreichen Veröffentlichungen und vor allem in seiner eindrucksvollen Autobiografie „Gewaltlos gegen Krieg. Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten“ (2011) davon – wenn auch nur in Ausschnitten - berichtet. Wir werden später gemeinsam Gelegenheit haben, uns über die mit Andreas verbundenen persönlich-politischen Erfahrungen auszutauschen.

Erlaubt mir – bevor ich auf zwei gemeinsame politische Arbeitszusammenhänge, das Sozialistische Büro und das Komitee für Grundrechte und Demokratie etwas näher eingehe - zwei persönliche Vorbemerkungen.

- Ich rede hier anstelle von einigen Freunden, allen voran Klaus Vack und Wolf-Dieter Narr, die weit mehr als ich dazu berufen wären, an den langjährigen Weggefährten und politischen Mitstreiter zu erinnern. Leider spielt ihre Gesundheit nicht mehr mit. Ich kann sie nicht ersetzen wollen.

* Bis 2015 Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal, gemeinsames politisches Engagement u.a. im Sozialistischen Büro und im Komitee für Grundrechte und Demokratie.

- Bei der Vorbereitung dieses kleinen Beitrags bekam ich immer wieder feuchte Augen. Zu Beginn der 1970er Jahre hatte ich mir Andreas Buro, zufällig der gleiche Jahrgang wie mein leiblicher Vater, zum Wunsch- und Ersatzvater auserkoren. Er hatte mich an der Frankfurter Universität für die „links“-Redaktion geworben, er förderte mich, schätzte meine Ideen und bald freundeten wir uns an. Es folgten Besuche in Hundstadt, ich lernte Rotraut und die Kinder kennen. Auf ausgedehnten Pilzwanderungen und bei gemeinsamen Grillabenden auch bei den Vacks im Odenwald - oft im Anschluss an Redaktionssitzungen und politische Strategiedebatten – bin ich nicht nur fachkundig über die heimische Pilzwelt aufgeklärt worden – schließlich war Andreas auch promovierter Forstwirt -, sondern konnte auch seine freundschaftliche Nähe erleben, die mich bis heute wärmt.

Was faszinierte mich, der ich damals im Milieu der besetzten Häuser des Frankfurter Westends in einer vom „Revolutionären Kampf“ geprägten politischen Subkultur lebte, an Andreas so sehr, dass er zu meinem Wunschvater wurde? Es waren Haltungen und Eigenschaften, die viele faszinierten, die Andreas näher kennenlernten: Verlässlichkeit, ein kühler analytischer Verstand, verständnisvolle Wärme und eine große Bereitschaft, die Motive der nachwachsenden Generation zu verstehen gepaart mit der Bereitschaft, zentrale Elemente in das eigene Politikverständnis aufzunehmen. Was bei meinen eigenen Eltern, wie der großen Mehrheit ihrer Generation, massive Ablehnung und größte Befürchtungen auslöste, fand seine Unterstützung.

Aber Andreas verkörperte gleichzeitig Eigenschaften und Haltungen, die in meiner eigenen Generation damals eher unpopulär waren – einer politischen Generation, in der Radikalität für viele zur Pose geworden war, die zur permanenten Selbstüberbietung nötigte. Das dazu gehörende Sponti-Motto lautete: „Immer radikal, niemals konsequent!“. Andreas stand stattdessen schon damals für ein konsequentes und dauerhaftes politisches Engagement. Er signalisierte damit den Jüngeren, dass es zwar darauf ankommt, immer wieder neue zeitgemäße Formen des politischen Handelns zu erfinden - aber bitte solche politische Formen, die langfristig gelebt werden können. Dies sei schon deshalb angesagt, weil radikale gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind, um dauerhaft Frieden, Menschenrechten und Demokratie in einer internationalen Ordnung zu schaffen, in der diese „Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können“ – wie es in Artikel 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt. Solche Veränderungen können nicht über Nacht erreicht werden. Das Lob des langen Atems verknüpft mit der Bereitschaft, organisatorisch immer wieder neue Wege zu gehen, hat ihn zu einem wichtigen Brückenbauer zwischen den politischen Generationen werden lassen – eine Funktion, die Andreas, wenn ich es richtig sehe, ein Leben lang wahrgenommen hat.

Worin besteht das Geheimnis seines Durchhaltevermögens und seiner enormen politischen Produktivität? Wie ist dieses dauerhafte politische Engagement für zentrale Lebensthemen, wie Frieden und Menschenrechte einerseits, und die Bereitschaft immer neue Gruppen und Initiativen mitzugründen und zu prägen andererseits miteinander verknüpft? Ein Schlüssel liegt sicherlich in einem von Andreas für sich selbst und seine politischen Netzwerke immer wieder reklamiertes Konzept: „soziale und politische Lernprozesse“. Er hat sich und uns immer wieder die Frage gestellt, wie emanzipatorische gesellschaftliche Lernprozesse unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen möglich werden können, welche widerständigen Motive aufzugreifen sind. Dazu braucht es, davon war Andreas überzeugt, immer erneuter Analysen der

gesellschaftlichen Verhältnisse und der Akteure, die auf Veränderungen drängen. Es braucht die Bereitschaft, nach den jeweils angemessenen politischen Formen zu suchen, die emanzipatorische Lernprozesse ermöglichen.

Dazu gehört auch, die eigenen Lernprozessen im Blick zu behalten. Andreas hat dies in offener und gänzlich uneitler Form immer wieder getan. Er nennt sich zum Beispiel selbst einen „unpolitischen bürgerlichen Pazifisten“, als er Anfang der 60er Jahre dem jungen, von der Arbeiterbewegung geprägten Klaus Vack zunächst mit tiefem Misstrauen begegnete (im Geburtstagsbuch für Klaus Vack 1985: 35) bis er zur dann gemeinsamen Grundüberzeugung gelangte, radikale Gesellschaftsveränderung – in der Tradition der undogmatischen Linken also „Sozialismus“ – sei nötig, um die menschlichen Möglichkeiten unserer Gesellschaft entfalten zu können. Im Vorwort seiner politikwissenschaftlichen Habilitationsschrift von 1979 bekennt er freimütig: „Vietnam war für mich, der ich selbst nicht zuletzt durch den amerikanischen Krieg gegen das vietnamesische Volk politisiert worden bin, nicht nur ein interessanter Fall. Vietnam verkörperte für mich, wie für viele andere, die Hoffnung, Unterentwicklung könne trotz einer inhumanen Kriegführung gegen die sozialrevolutionären Bestrebungen fast eines ganzen Volkes auf einem humanen emanzipativen Wege überwunden werden“ (1981: 12).

Zum Nachdenken über Lernprozesse gehört es auch, wie z.B. im Falle Vietnams enttäuschte Hoffnungen zu bearbeiten. Andreas hat sich früh für einen Internationalismus eingesetzt, der nicht revolutionaristisch und identifikatorisch kurzschließt, sondern sich nur im Austausch über wechselseitige Anhängigkeiten und Rückwirkungen entwickeln kann. Globales Denken und Handeln war für ihn selbstverständlich, lange bevor „Globalisierung“ zur Signatur einer Epoche wurde. Andreas war nicht nur bis zuletzt der friedenspolitische Sprecher des Komitees, sondern auch sein „Außenminister“.

Sozialistisches Büro und die Zeitschrift „links“

Bei der Gründung des Sozialistisches Büro und der Zeitschrift „links“ ging es Andreas und den anderen Initiatorinnen und Initiatoren darum, die politisch-kulturellen Aufbrüche der Außerparlamentarischen Opposition, die bereits die letzte Phase der Ostermarschbewegung geprägte hatten, zu bewahren: eine neue politische Kultur, die auf Selbstorganisation und Selbstveränderung, auf Konsensprinzip statt auf Übermächtigung und Fraktionierung setzte. Als Beitrag „zur besseren Kommunikation der unabhängigen Linken“ „ohne Monopolanspruch“ (links 0-Nummer 4/1969) setzte das Sozialistische Büro einen Kontrapunkt zu den neugegründeten proletarischen Parteien und anderen Dogmatisierungen und Radikalisierungen im Zerfallsprozess der ApO. „links“ trat an gegen „den Konsum revolutionär anmutender Euphorien“. Auch im Rückblick erscheint das Sozialistische Büro als „Insel der Vernunft“.

Aber die Gründung lebte auch vom Schwung der ApO. Auf die selbstgestellte Frage „Warum machen wir „links“ – eine sozialistische Zeitung“ in der ersten Ausgabe heißt es: „Anders als noch vor einigen Jahren ist die Frage nach einer unabhängigen sozialistischen Bewegung heute in der Bundesrepublik aktuell“. Ihre Entwicklung „kann nur Prozesscharakter haben“. Gefordert war zudem eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken“ („links“ 0-Nummer, S. 2).

In dieser Ausgabe begründete Andreas, wieso er die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“, die „Ostermarschbewegung“, die er wesentlich mitgeprägt hat, an ihr Ende gekommen sah. Es handelte sich aus seiner Sicht um wichtige Sammelbewegungen zu einer einzigen Thematik. Mit deren Ausweitung und Vertiefung war es nicht mehr möglich mit einer Stimme zu sprechen, da sich ein erhoffter Lern- und Annäherungsprozess der beteiligten Gruppen nicht eingestellt hatte und die vorhandenen Widersprüche spätestens nach der militärischen Niederschlagung des „Prager Frühlings“ nicht mehr zu überbrücken waren („Kampagne und was weiter? – „links“-0-Nummer, S. 30f.). Dabei gibt er zu Bedenken: „An bestimmten Konzeptionen, die bisher die Arbeit der Ostermarschbewegung bestimmt und diese Bewegung aus vielen anderen Versuchen der Vergangenheit positiv herausgehoben haben, wäre freilich festzuhalten: so vor allem an der Einsicht, dass oppositionelle Aktionen nicht der Bestätigung scheinbarer oder echter eigener Radikalität, sondern der Ausweitung oppositionellen Bewusstseins und oppositionellen Engagements zu dienen haben. Oppositionelle werden sich in der Aktion weiterhin auf zwei vielbelächelte Verhaltensweisen einrichten müssen: auf Frustrationen und auf Kompromisse“ (S. 31).

Was sich bei der Gründung bereits motivisch ankündigt, macht Andreas Buro ein Jahrzehnt später konzeptionell deutlicher („Verschlungene Pfade. Lernprozesse und Emanzipation“ - „links“-Sondernummer Mai 1980, 50-52). Er bekräftigte das Ziel, qualitativ neue gesellschaftliche Strukturen hervorzubringen. Der Weg dorthin werde durch soziale, emanzipatorische Massenlernprozesse ermöglicht und die Aufgabe sozialistischer Politik sei es, sie zu fördern und zu ermöglichen. „Lernprozesse bedeuten, sich einzulassen auf Unbekanntes, Unsicherheit auf sich zu nehmen und Vertrautes, das bisher Umwelt und Identität konstituierte, fahren zu lassen“. Solche Lernprozesse seien deshalb keineswegs selbstverständlich, sondern bedürften eines motivierenden Anlasses. Die Kenntnis dieser Motivation sei der Schlüssel für emanzipatorische Lernprozesse. Andreas nannte in diesem Zusammen verschiedene Motivquellen, wie z.B. eine unmittelbare Betroffenheit, die den Anlass für Bürgerinitiativen bieten, die Ausbreitung postmaterialistischer Werte wie Partizipation und Selbstverwirklichung, aber Verletzungen der moralischen Identität, der Normen und Werte einer Gesellschaft durch eine Politik, die z.B. den Völkermord in Vietnam als Verteidigung der Freiheit verkaufte. Nicht zuletzt erinnerte er an die Eindämmung durchaus vorhandener gesellschaftlicher Möglichkeiten, die bereits Herbert Marcuse in den 60er Jahren als „surplus repression“ geißelt hatte.

Solche Protestmotive können sich verbrauchen und herrschaftlich umgebogen werden. Um zu dauerhafter emanzipatorischer Motivation zu gelangen, braucht es deshalb, so Andreas, positive neue Einbindungen: die „Entfaltung alternativer Lebenszusammenhänge, Projekte und Umgangsformen“. Es gehe dabei nicht nur um eine abstrakte Gesellschaftsveränderung in der Zukunft. „Dem einzelnen geht es immer auch und völlig zu recht um seine Selbstverwirklichung.“ Die Übermacht der Verhältnisse, die Deformationen und Kompromisse, die uns allen aufgezwungen sind, lasse die Idee quasi automatischer Krisenlernprozesse, davon war Andreas überzeugt, illusionär werden. Lernprozesse können ihre emanzipatorische Orientierung nur bewahren, wenn sie offen angelegt und durch ständige Kritik analytisch begleitet werden. Die Lernprozesse seien dabei in sich selbst widersprüchlich. „Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit der Lernprozesse waren ... ein bestimmender Bestandteil der Bewusstseinsänderung in Westdeutschland.“ Dogmatisierung, Majorisierung, schnell enttäuschte Radikalität bildeten entscheidende Blockaden.

Andreas hat in seinem Lob der politischen Lernprozesse auf Vielfalt, Pluralität und Selbstbestimmung bestanden und sich schon alleine deshalb gegen jede „Vereinheitlichung“ von oben zur Wehr gesetzt: „In einer Gesellschaft, deren Veränderung entscheidend von sozialen Lernprozessen abhängt, können sehr wohl vielfältige und vielgestaltige Organisationsformen neben- und miteinander arbeiten.“ Gleichzeitig hält Andreas in seinen Analysen an der Idee von notwendigen „Lernschritten“ fest, wie z.B. die Absage an Gewalt und das Setzen auf ein basisorientiertes Politikverständnis (in: Parlamentarisches Ritual 1980, 60ff.). Er begrüßt die ökologische Opposition und die Anti-AKW-Bewegung als „zentrale Ergänzung“ linker Gesellschaftskritik (ebd., 65). „Hatte die außerparlamentarische Opposition der 60er und 70er Jahre eine weitreichende Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und der bürgerlichen Gesellschaft geliefert, so scheinen jetzt aus der Ökologiebewegung heraus Ansätze entwickelbar zu sein, die Antworten auf die Frage nach der Alternative und den Wegen zu ihr in den gemeinsamen Lernprozess einbringen könnten“ (1980: 71). Hoffnung, aber auch die vielen Konjunktive sind unüberhörbar.

Als sich das Sozialistische Büro zwischen dem grün-alternativen Parteiprojekt und seinen sozialistischen Parteigängern allmählich auflief, unterstützte er dessen Arbeit noch lange Zeit in jenen Projekten, wie den Publikationen „links“, „express“ und „Widersprüche, die an der ursprünglichen Idee des Sozialistischen Büros festgehalten wurde.

Komitee für Grundrechte und Demokratie

„Lernprozesse“ taugt auch als Überschrift für die Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie, an der sich Andreas maßgeblich beteiligt hatte und dessen Sprecher er viele Jahre wurde. Zu dessen Vorgeschichte gehören der Pflingstkongress des Sozialistischen Büros von 1976 und das sich anschließende Russell-Tribunal. Dies wird in der Erklärung zur Gründung eines Komitees für Grundrechte und Demokratie von 1980 deutlich: „In einem Lande, das dazu neigt, die Staatssicherheit an die Stelle der Sicherheit aller Bürger zu setzen, muss mehr denn je für Grundrechte und Demokratie als praktische Rechte für jeden einzelnen geworben und gekämpft werden.“ (Freiheit + Gleichheit 2, 120)

Politische Ausgangspunkte waren die Gefährdungen der Grund- und Menschenrechte und der Abbau der Demokratie in einer „zweiten Restaurationsphase“ der Bundesrepublik. Einige der Stichworte dürften heute vergessen oder selbstverständlich geworden sein: Berufsverbote, Hochsicherheitstrakte, die Situation in den Gefängnissen, Einschränkungen des Demonstrationsrechts, ein expansiver Verfassungsschutz und dazu gehörige Geheimdienstskandale. Jedenfalls ist sich das Komitee in den 35 Jahren seiner Arbeit in diesen Zielsetzungen treu geblieben. Die Themen haben zwar vielfältige technologische Modernisierungen und politische Zuspitzungen erfahren, aber nichts an grundlegender Aktualität verloren, wenn wir uns die Skandale von NSA bis NSU und solche Diagnosen wie Postdemokratie oder „monitory democracy“ anschauen.

Gegen den damals erhobenen Vorwurf, es handele sich um eine Gründung „von oben“ hieß es in einem ersten Gründungsaufwurf: „Das Kuratorium (Komitee) kann sich nicht als der organisatorische Ausdruck einer politischen ‚Bewegung‘ verstehen, die sich nun eine entsprechende Form gibt, sondern unsere Initiative entspringt gerade der Einsicht in den Mangel an realpolitischer Bewegung im Bereich der Grund- und Menschenrechte

... Es kann sich allein aus dem Engagement seiner Repräsentanten und aus seinen Aktivitäten legitimieren“ (Freiheit + Gleichheit 1979, 1, 110).

Wer sich an das Engagement des Komitees - nicht zuletzt von Andreas - in der neuen Friedensbewegung erinnert, an die Präsenz des Komitees in vielen anderen Protesten vom Wendland bis zu Occupy, generell an den Versuch Menschenrechtspolitik mit den Mitteln sozialer Bewegungen zu betreiben und zivilen Ungehorsam in der Bundesrepublik heimisch zu machen, kann unschwer erkennen, dass hier erneut Elemente früherer Protest- und Bewegungsphasen im Sinne politischer und sozialer Lernprozesse bewahrt wurden. Neue Initiativen kamen hinzu, wie z.B. Friedens- und Verständigungsprozesse inmitten von „heißen“ Kriegen wie in Ex-Jugoslawien („Ferien vom Krieg“) oder in akuten Konflikten durch die Organisation Begegnungen zwischen palästinensischen und jüdischen jungen Menschen.

Andreas hat ein großes politisches Freundschafts- und Engagementnetzwerk hinterlassen. Lasst uns daran arbeiten, so viel wie möglich davon zu erhalten, zeitgemäß weiter zu entwickeln und junge Leute zu gewinnen. Seine Grundidee, auf soziale und politische Lernprozesse zu setzen, ist ebenso wenig obsolet, wie sein zentrales Ziel, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Frieden, Menschenrechte und Demokratie zur ihrer DNA geworden sind. Er hinterlässt uns die Aufgabe, nach aktuellen emanzipatorischen Lernchancen und politischen Projekten auf der Grundlage sorgfältiger Analysen zu suchen – auch wenn Frieden, Menschenrechte, Demokratie und Sozialismus aktuell keine oder nur wenig Konjunktur haben, aber das macht diese Aufgabe umso dringlicher.

Zitierte Texte

Andreas Buro 1980: Skizze zum gesellschaftlichen Hintergrund der gegenwärtigen Parlamentarismus-Debatte. In: Roland Roth (Hrsg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen. Frankfurt/NY

Andreas Buro 1981: Autozentrierte Entwicklung durch Demokratisierung? Lehren aus Vietnam und anderen Ländern der Dritten Welt. Frankfurt/NY

Andreas Buro 1985: Den Anderen gewinnen, nicht aber besiegen! In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): Für und über Klaus Vack. Sensbachtal

Klaus + Hanne Vack (Hrsg.) 1993: Politische und soziale Lernprozesse. Möglichkeiten, Chancen, Probleme. Andreas Buro zum 65. Geburtstag gewidmet. Sensbachtal